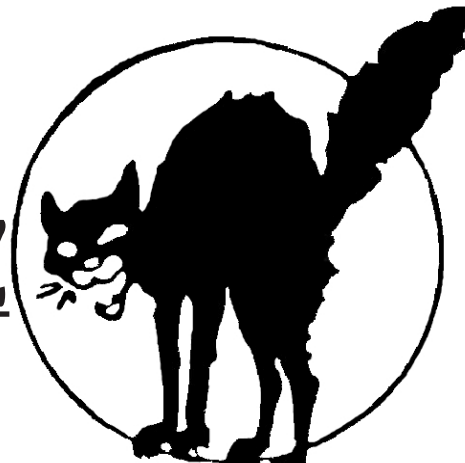


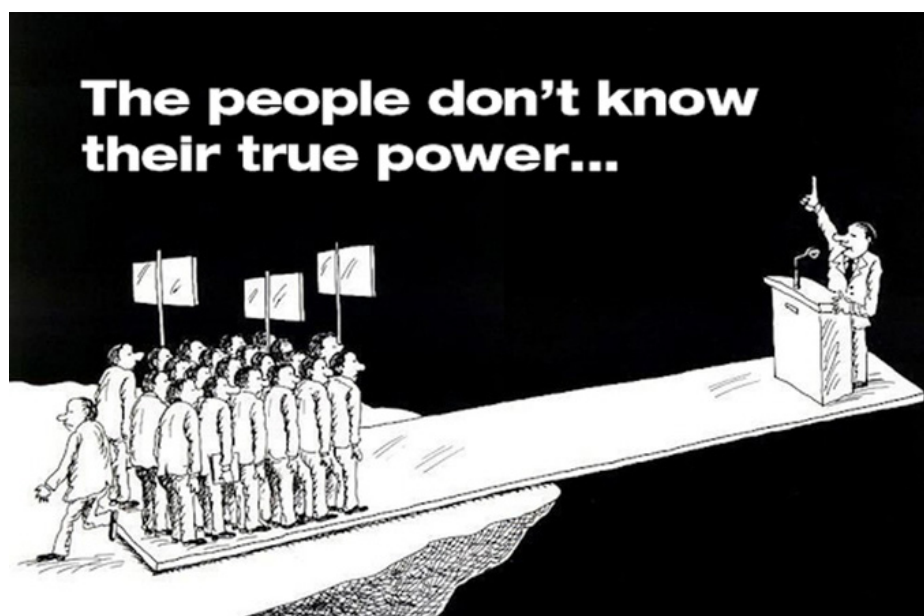
di schwarzi chatz

Zeitung der Freien Arbeiter_innen Union in der Schweiz



Ein unpolitischer Konsens

Von der Utopie des Unpolitischen, also wieso der „unpolitische Konsens“ zwar eine reizvolle aber auch unmögliche Vorstellung ist.



Zwei Entwicklungen der letzten Jahre stimmen einen positiv und rücken den Fakt in den Hintergrund, dass Anarchismus in seinen unterschiedlichen Spielarten immer noch ein Randphänomen der Gesellschaft ist. Auf der einen Seite weitet sich das Selbstverständnis und die Methoden der Anarchie, also Basisdemokratie, Konsensfindung, antiautoritäre Grundhaltung etc. auf ein Feld weit über unsere politische Szene hinweg aus. Auf der anderen Seite verliert die parlamentarische Demokratie in allen Ländern an Glaubwürdigkeit. Wenn wir heute versuchen ein Stimmungsbild in der Gesellschaft zu machen, sehen wir schnell, dass zwar wenige Konzepte als Alternativen anerkannt sind, weil sich die meisten nur autoritärere Systeme vorstellen können

und die meisten Demokratien zur Zeit auf dem direkten Weg in diese Richtung sind, aber genauso wenig Zufriedenheit ist auch vorhanden. Das System ist unflexibel und elitär, das heisst, dass die Mehrheit der Betroffenen sich kaum damit identifizieren können. Gleichzeitig wird die Anzahl der Ausgeschlossenen immer grösser. Einer meinungslosen und verwalteten Mehrheit entflüchten immer mehr Minderheiten, die ihre Anliegen nicht einzubringen vermögen. Sich von Politiker_innen repräsentiert zu sehen, ist bald unmöglich. Politiker_innen sind käuflich und egozentrisch zugleich. Dazu kommt, dass vor lauter Verwaltungsangestellten gar nicht mehr nachvollzogen werden kann, woher die An

(weiter auf Seite 2)

Juli/August 2015

Nr. 37, 7. Jahrgang

ISSN 1664-6096

www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch

In dieser Ausgabe

Signal missverstanden 3
Die neueste Idee der Berner Polizei im Umgang mit Dealern: Mehr Razzien.

Solidarität mit Alexandr! 6
Seit über einem Jahr steckt der Aktivist Alexandr Koltschenko in Putins Gefängnissen.

... Meanwhile in the third world 2.0 9
Reflections on another crisis-torn country on the periphery of Europe - Greece.

Buchtip: Luigi Bertoni 8
Die Biografie über Luigi Bertoni ist auch eine Geschichte der Arbeiter_innenbewegung und des Anarchismus in der Schweiz.

Buchtip: Zucker 9
Die Geschichte des Zuckers ist auch eine der Sklaverei und des Kolonialismus.

Rubriken

Kultur 11
Rechtliches 12

Ein heisser Sommer? Abgesehen von den Temperaturen deutet in der Schweiz nicht viel darauf hin, hinter den sieben Hügeln im Mittelland ist es ruhig, wie eh und je. Die Post geht, trotz dem gut ausgebauten öffentlichen Netz, anderswo ab. Doch halt so stimmt das nicht ganz: Die National-Konservativen wintern in den letzten Tagen eine ganz neue Morgenluft und blasen zum Angriff. Zum Angriff auf die Schulen und die wenigen Verbesserungen innerhalb des staatlichen Schulsystems - die autoritäre Schule mit Frontalunterricht etwa - wird in Artikelserien (etwa im Bund) als neues Heilsversprechen gepriesen. In der Stadt Bern wird eine repressive Polizeistrategie gefahren, die so nicht mehr vorkam seit Kurt Wasserfallen keinen Wahlkampf mehr führen muss. Und natürlich posaunte die SVP auf ihrem Parteitag selbstherrlich, dass die „Ausländer“ an allen - meistens eingebildeten - Misere schuld seien. Als ob der Name Bortoluzzi nicht aus dem Veneto stammte. Am SVP-Parteitag wurde nicht nur die rechte SP-Bundesrätin beschimpft und verhöhnt, sondern auch zum aktiven Widerstand gegen Asylzentren geblasen. Eine Kampagne, die wohl die rechtsextremen Parteien in Europa übernehmen werden - wenn sie nicht von denen stammt. Die Atmosphäre, welche die Sünnelijünger_innen mit den braunen Zungen verbreiten ist brandgefährlich. Das Innendepartment schreibt denn auch schon jetzt: „Es lassen sich jedoch auch leichte Veränderungen zu den Vorjahren beobachten: So nahmen die Fälle von nonverbaler Diskriminierung wie etwa herabsetzende Gesten, Geräusche oder Mimik, Mobbing am Arbeitsplatz und physische Übergriffe zu. Auch wurden deutlich mehr Fälle von Diskriminierungen gegen Schwarze gemeldet.“

In dieser Situation ist es schwierig für seine Rechte einzustehen, um so mehr, wenn sich Bilder wie „alle Bauarbeiter sind rechts“ verbreiten. Unterstützen wir solidarisch die wenigen Widerstandskeime gegen die herrschende Un-Ordnung - trotz der Sonne und den warmen Temperaturen!

Eure FAUistas

Konsens

(von Seite 1)

liegen kommen und wer einen Einfluss auf die Themensetzung hat.

Um so überraschender ist der Aspekt, dass sich der Anarchismus als politische Theorie so zögerlich entwickelt. Bedenklich ist auch, dass gerade aus



anarchistischen Basisgruppen kaum Inputs kommen und nur selten ein Austausch stattfindet. In unserer Szene wird weder die parlamentarische Demokratie auf inhaltlicher Ebene kritisiert noch versucht, die Basisdemokratie weiter zu entwickeln und Gesellschaftstauglich zu machen. Der Alltag ist von einer Strukturfeindlichkeit und einer tief verwurzelten Formalisierungsfeindlichkeit geprägt.

Im Herbst soll im Infoladen der Reitschule Bern ein Veranstaltungszyklus stattfinden, der dieses Problem angeht. Dabei sollen neben Einführungen und thematischen Vertiefungen auch gemeinsame Diskussionen zu stande kommen, die den Austausch zwischen einzelnen Akteuren und Gruppenmodellen ermöglichen.

Kritik an der Kritik

Die negativen Wahrnehmung von Politik und Politiker_innen mag der Grund sein, dass viele Aktivist_innen mit dem gesellschaftlichen Umsturz auch eine Eliminierung der Politik fantasieren. Dies passiert meist über eine Kritik des Politischen: In Zukunft sollen keine Machtgeplänkel um der Kontrolle willen, keine Scheindebatten und Pseudolösungen im Namen der eige-

nen Wahrheit/Interessen stattfinden. Die zweite Variante findet über die Konzeption eines „unpolitischen Systems“ statt, wenn zum Beispiel in der Bedarfswirtschaft nur noch Bedürfnisse angemeldet werden und die (Um) Verteilung der „Bedarfsgegenstände“ eine rein formale Sache ist, am besten via Bestellung im Internet und anonymem Versand.

Aus Angst vor Missbrauch und aus Ekel vor der Verlogenheit der Menschen und aus der realen Beobachtung, was für sinnlose Themen und Vorschläge in der parlamentarischen Politik behandelt werden, soll die politische Debatte purifiziert werden. Nur noch würdige Ziele und hehre Absichten sollen die Menschen leiten.

Die obige Darstellung, so tendenziös sie ist, enthält zentrale Punkte, die alternativen Demokratieverständnissen im Wege stehen. In der Entwicklung von Utopien wird gerne eine systemische Perspektive eingenommen. So kann eine schwer denkbare Idee, weil von der Gegenwart und Praxis weit entfernt, in ihren positiven Grundzügen skizziert und negative Erscheinungen oder Aspekte einfach ausgeblendet werden. Zu einer politischen Forderung oder Strategie werden Utopien aber erst, wenn sie mit der Praxis in Verbindung gebracht werden. Für diesen Artikel steht das Problem im Vordergrund, dass uns Kleingruppen einen Blick auf grössere Konglomerate versperrt. Unsere Erfahrung basiert auf zwar langfristigen aber relativ homogenen Kleingruppen oder auf kurzfristigen heterogenen Anlässen mit starkem Event-Charakter. Beiden Erfahrungen ist eine klare Themensetzung, eine definierte Sichtweise eigen. Darüber rückt die Aufgabe der Politik, nämlich das Aushandeln unterschiedlicher Wichtigkeiten und Perspektiven gerne in den Hintergrund.

Um einen Wechsel von der parlamentarischen Demokratie hin zu einer basisdemokratischen und konsensbasierten Demokratie zu vollziehen, müssen wir unsere eigenen Selbstverständnisse kritisch hinterfragen und bereit sein, unsere tief verwurzelte Formalisierungsfeindlichkeit zu überwinden und der Strukturfeindlichkeit eine Utopie entgegen zu stellen, die nicht mit einem

(weiter auf Seite 4)

Signal missverstanden

Die Polizei intensiviert die Kontrollen auf der Schützenmatte. Der Gemeinderat sieht dies als Hilfe für die No-Deal-Kampagne der Reitschule. Die gewalttätige und rassistische Form der Hilfe sorgt jedoch vielmehr für Unmut als für Dankbarkeit.

Und alles schien sich zum Besseren zu wenden im Streitpunkt Reitschule. Dem Direktoren für Sicherheit der Stadt Bern, Reto Nause, wurden das Dossier mit der Reitschule entzogen und es wurde beidseitig von einer angenehmeren Stimmung in den Gesprächen gesprochen. Im Mai startete die Reitschule dann die No-Deal-Area-Kampagne. Die Situation auf dem Vorplatz sei nicht mehr tragbar und widerspreche dem Manifest der Reitschule, also dem Grundkonsens zum dortigen Umgang: Kein Sexismus, Kein Rassismus, keine Gewalt, keine Homophobie und keine Selbstbereicherung. Der zunehmende Deal war nur eines von vielen Problemen, für die betreibenden Gruppen, wie das Sous le Pont und das Rössli, aber eins der akutesten. Eine Woche nach Beginn blieb der Vorplatz mehr oder weniger ohne Deal, doch schon bald danach war vieles wie vorher. Es zeigte sich das übliche Problem von Interventionen auf dem Vorplatz: Viele Leute kommen um zu konsumieren und wegen dem Freiraum. Bleibt der Vorplatz doch oft polizeifrei und – bis auf das Manifest – kontrollfrei. Dass Freiraum auch Selbstverantwortung und Zivilcourage erfordert, ist vielen nicht klar.

Die Kampagne lief also an und der Stadtpräsident Tschäppät lobte die Reitschule darauf in höchsten Tönen: In einem Interview mit dem Bund sprach er von einem Signal und einem Schritt in die richtige Richtung. Und die Stadt sei gewillt, die Betreiber_innen in ihren Bestrebungen zu unterstützen. Aber schon damals war klar, in welche Richtung die „Unterstützung“ gehen würde. Es wurde von Schwerpunkteinsätzen im Bereich Drogen geredet, sprich: Polizeirazzien. Dies war sicherlich nicht die Absicht der Reitschule und sicher nicht die „erhoffte“ Schützenhilfe. Interventionen wie die Vorplatzpräsenz waren sowohl intern wie auch extern umstritten und wurden wegen ihrem teils repressiven Charakter

heiss diskutiert. Bei der Kampagne setzt man sich vielmehr für eine Sensibilisierung der Besucher_innen für das Thema Freiraum und die Negativwirkungen des Drogendeals ein. Namentlich war dies die Ausbeutung der Dealenden und dass die Polizei den Deal als Vorwand nahm, immer mehr auf den Vorplatz zu stürmen oder sogar in die Reitschule selbst einzudringen.

Signal missverstanden

Was war also auf Seiten der Stadt die vornehmliche Lösung des Problems? Intensivere Polizeirazzien! Am Mittwoch



Verhärtete Fronten, nachdem die Polizei den Innenhof verlässt.

dem 10. Juni liess der Gemeinderat verlauten, dass der Deal auf der Schützenmatte verstärkt bekämpft werden soll. Er sprach dabei auch der Kantonspolizei sein vollstes Vertrauen aus. Die Herangehensweise der Polizei und der Reitschule könnten dabei nicht unterschiedlicher sein. Im Rahmen der Vorplatzaktion wurden längere Debatten geführt, vor allem wurde dabei die Rolle der Dealer¹ angesprochen: Wer ständig riskiert, verhaftet zu werden, macht den Deal wohl nicht gerade aus freien Stücken und die ständige Verachtung ist auch nicht gerade ein Anreiz. Auch wurden die harten Drogen

¹ Mir ist kein Fall von einer weiblichen Dealerin bekannt, deshalb wird hier auf Gender Gap verzichtet.

per se nicht als schlecht gebrandmarkt, sondern wurde das Konsumverbot noch einmal betont, da dieser oftmals mit dem Kauf und so mit dem Drogendeal zusammenhängen. Es ergab sich ein viel differenziertere Auseinandersetzung mit dem Thema². Auch nur den kleinsten Anflug von Differenzierung vermisst man bei der Polizei vollends. Was dort vielmehr zu zählen scheint, ist die Anzahl an Verhaftungen.

Schnell reagiert

Es war gerade am 10. Juni, an dem Tag als der Gemeinderat seine Unterstüt-

zung für die Polizei aussprach, als die Polizei schon ihre „Lösung“ des Problems zur Schau stellte. Gegen 20.00 Uhr stürmten 30 Zivilpolizist_innen begleitet von mehreren Polizeigrenadieren den Vorplatz. Razzien sind leider kein neues Phänomen. Trotz den Vorfällen letzten Sommer, wo die Polizei einen Koch des Sous-le-Ponts festnahm und ein schon vorher aufgefallener Polizist seine Waffe

auf eine Gruppe Jugendlicher richtete, hat die Polizei immer noch eine sehr eigenartige Definition von „Verhältnismässigkeit“ und Recht. Wurden bisher „nur“ Schwarze, welche wegrennen festgenommen, wurden jetzt generell einfach alle Schwarzafrikaner festgenommen. Die Polizei macht also heiter weiter mit ihrem Racial Profiling. Später drang die Polizei auch in den Innenhof, wo sich neben normalen Gästen auch eine Schulklasse befand, welche gerade eine Führung der Reitschule hinter sich hatten. Das die

² Wenn der Reitschule von linken Kreisen auch eine immer noch mangelnde Auseinandersetzung mit dem Thema angekreidet wird.

(weiter auf Seite 6)

Konsens

(von Seite 2)

Dutzend unterschiedlicher Meinungen an ihre Grenzen stösst.

Wir können aus logischen Gründen gegen ein globales und ständiges politisches System sein, wir können für eine dezentrale, hierarchielose und spontanen Organisationsweise sein, aber wenn wir eine alternative Zukunft erkämpfen wollen, müssen wir uns überlegen, wie solche Prinzipien im Lokalen sich im Globalen aufsummieren.

Anarchistische Konsensfindung

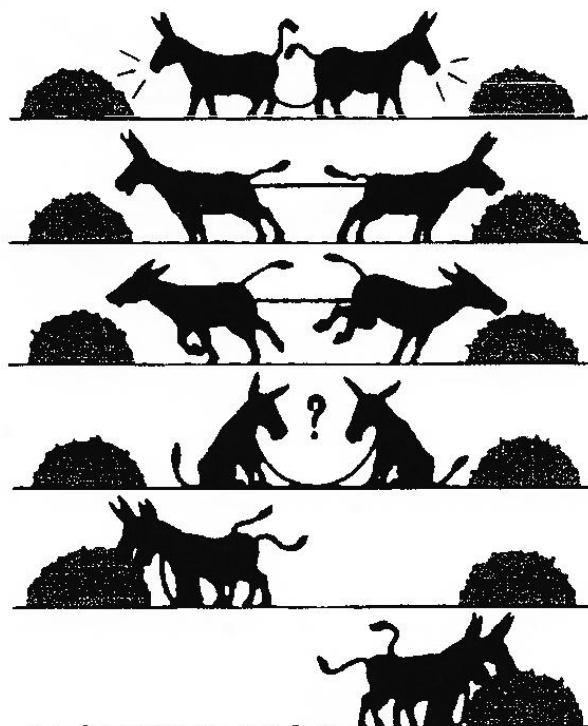
Die Teilhabe an einer gesellschaftlichen/politischen Entscheidungsfindung – also am was, warum und wie des allgemeinen Zusammenlebens – ist im anarchistischen Selbstverständnis ein unveräusserliches Recht. Derartige Prozesse sollen nicht an einige Wenige delegiert werden, egal wie repräsentativ das Auswahlverfahren auch sein mag. Eine Interpretation der eigenen Meinung kann von anderen Menschen nicht abschliessend vorgenommen werden. Das hat nicht nur moralphilosophische Gründe, sondern hängt auch auf das Engste mit dem anarchistischen Praxiskonzept zusammen, welches nicht mit dem politischen Entscheid abgeschlossen ist.

Wer von einem Projekt, Grundsatz, Reglement oder ähnlichem betroffen ist, soll an dessen Entstehung teilhaben können, also seine Sichtweise und Bedürfnisse einfließen lassen und mit dem Endergebnis auch einverstanden sein. Denn um zu gewährleisten, dass Ideale und Regeln auch eine praktische Bedeutung erlangen und Projekte so ausgeführt werden wie in der politischen Debatte intendiert, müssen die gemeinsam getroffenen Entscheide auch von allen mitgetragen werden. Nur so scheint ein Zusammenleben ohne systemische Gewalt und Kontrolle möglich.

Wer die Idee eines Konsenses ins Zentrum der Gesellschaft rückt, der kann nicht rein auf die politische Aushandlung fokussieren, sondern muss von der Themensetzung bis hin zur Ausführung alle Prozesse miteinbeziehen.

Um zu gewährleisten, dass Konsense echte partizipative Grundlagen haben,

nicht zu Mehrheitsentscheiden verkommen oder durch soziale Kontrolle/Beeinflussung erzwungen worden sind, wird eine Ermächtigung des Individuums unerlässlich. Wohl die häufigste, aber auch eine sehr umstrittene Form dies zu gewährleisten ist das Vetorecht. Dies ermöglicht einzelnen die Verabschiedung eines Konsenses zu verhindern, wenn und solange sie nicht hinter dem Entscheid stehen. Umstritten ist das Veto, weil es zum Teil so verstanden wird, dass damit ein Projekt zu Fall gebracht werden kann. Diese Interpretation stammt aber eher aus einem Selbstverständnis von Abstimmungen mit entweder-oder Fragen. In der Konsensfindung bedeutet ein Veto grundsätzlich nur weitere Verhandlungen und



nicht deren Abbruch. Hinzu kommt die Möglichkeit ein Veto nur denjenigen zu erlauben, die von einem Entscheid negativ betroffen sind.

Die Ausformulierung eines Vetorechtes enthält viele Fallstricke, Formal betrachtet bedeutet das Vetorecht aber vor allem die Einbindung von Anliegen der Minderheiten in den Entscheidungsprozess. Dies stellt einen starken Kontrast zur gegenwärtigen Politik dar. Diese Ermächtigung kann aber so weit gehen, dass die Tendenz oder Gefahr besteht, dass die Anliegen der Mehrheiten weniger Chancen auf Umsetzung

haben als diejenigen der Minderheiten. So logisch diese Tendenz ist, stellt sich doch die Frage wie deutlich Mehrheiten von Minderheiten abzugrenzen sind, wenn die politische Entscheidungsfindung keine oppositionellen Lager fördert. Ralf Burnicki, der diesen Punkt in seiner Arbeit zu *Anarchismus und Konsens* behandelt, sieht dabei eher den Vorteil, dass mit einem effizienten Minderheitenschutz der Übergang vom jetzigen System zu einer konsensbasierten Basisdemokratie befördert wird. Es geht dabei vor allem darum, auf aktuelle Themen zu reagieren, als eine abschliessende Basisdemokratie zu definieren.

Schliesslich gibt es zahlreiche weitere Aspekte zu beachten. Um die Aushandlung weiter führen zu können und

um weitere oder alternative Perspektiven einzunehmen oder einfließen zu lassen ist zum Beispiel eine Begründung hilfreich. Formal setzt es die Einsprechenden aber massiv unter Druck, wenn sie sich legitimieren müssen.

Konsens in der Kleingruppe

Ganz ohne Legitimation wird es wohl nicht gehen, denn auch die Beschränkung des Vetorechtes

auf negativ Betroffene beinhaltet eine solche. Das heisst, nur weil mir etwas nicht passt, kann ich es noch lange nicht blockieren. Um Mitspracherecht und Vetorecht zu erhalten muss ich zuerst vom Resultat der anstehenden Entscheidung negativ betroffen sein. Letzlich geht es also darum zwei unterschiedliche Perspektiven zusammen zu führen. Auf der einen Seite sind individuelle Ansichten und Absichten zu ermöglichen, andererseits sind die Verhandlungsweisen so zu gestalten, dass die Gesellschaftsbildung dadurch befördert wird und nicht eine Fragmen-

tierung der Gesellschaft resultiert, die den Handlungshorizont auf Mikrogesellschaften reduziert.

Die Ideale einer konsensbasierten Basisdemokratie leuchten vielen Menschen ein, zumindest wünschten sie sich, dass ihre Rolle in der Gesellschaft mit derart viel Einfluss ausgestattet ist und die entwickelten Vorgehensweisen auch in diesem Sinne nachhaltig umgesetzt werden. Da entsteht in den Köpfen bereits ein Widerspruch. In der Praxis winken deshalb viele ab, da sie diese Vorgehensweisen nicht als praktikabel erachten. Auch Leute mit Konsenserfahrung in Kleingruppen bekunden Mühe, sich diese Vorgehensweise mit zig Millionen gemeinsam vorzustellen. Schliesslich dauert es schon in einer Kleingruppe viel Zeit, einen Konsens auszuarbeiten. Was die Umsetzung leider nicht mal gewährleistet.

Hier gilt es allerdings Prinzip von Praxis zu unterscheiden. Denn welche Kleingruppe hat aus dem Prinzip/Bestreben nach Konsens ein Instrumentarium gemacht? Die meisten Kleingruppen entwickeln eine mehr oder weniger flexible Praxis, in der die Regeln implizit sind und als Teil des Selbstverständnisses gelten, oft sind sie nicht ausgesprochen. Kleingruppen können in ihren zentralen Anliegen und in der Selbstorganisation wirklich so funktionieren. Probleme entstehen allerdings aus der undifferenzierten Konsensdefinition, wenn alles einfach ein Konsens zu sein hat und dabei zu viel Harmonie und Einheitlichkeit erwartet wird. Undifferenzierte Konsensfindung funktioniert in Kleingruppen unter dem Vorbehalt, dass informelle Hierarchien und Wissensdifferenzen die Chancen auf Gehör unterschiedlich verteilen und letztlich eben nicht alles einen gleichwertigen Konsens bedeutet.

Der Schritt zur Gesellschaft

Ob die konsensbasierte Basisdemokratie gesellschaftsfähig ist, bleibt vorerst eine offene Frage, da es deutlich mehr an praktischer Erfahrung braucht, um eine Umsetzung zu finden. Unsere utopischen Ideen müssen einer Praxis ausgesetzt werden, die einen Umgang mit Widersprüchen findet. Zum Beispiel folgt auf den Ruf nach mehr Formalisie-

rung und Nachvollziehbarkeit die Warnung vor einer ausufernden Bürokratie. Regeln und verschriftlichte Verfahrensweisen sollen nur nach Bedarf zur Anwendung kommen, weil eine ausufernde Bürokratie an sich schon das Konsensprinzip untergräbt. Auf der anderen Seite ermöglichen objektivierte Regeln eine gleichmässiger verteilte Wissensbasis und einen breiteren Ka-



talog an Verfahrensweisen, die sich auf spezifische Situationen beziehen. Gerade weil der Konsens erfahrungsgemäss immer wieder auf andere Weise zustande kommt, und diese Art und Weise fast einen eben so grossen Einfluss hat wie die Themen und Fakten die zur Diskussion stehen. Ein guter Konsens erarbeitet eben nicht nur eine Regel oder ein Ziel, sondern ist gleich auch der Start zur Ausführungsplanung, enthält Wege dorthin und erfasst Freiwillige, die den ein oder anderen Aspekt der Arbeit übernehmen. Aspekte also, bei denen Vorschriften und Regeln wenig helfen. Vorgehensweisen können aber helfen, wenn zum Beispiel einmal ein paar hundert oder tausend Menschen über Themen verhandeln wollen, von dem sie alle betroffen sind, aber nicht alle dieselben Prioritäten wahrnehmen. Denn es ist eben Sache der Politik, nicht nur Meinungen auszubalancieren, sondern auch Entscheidungsrelevanzen. Ein weiterer Aspekt der nicht mit Bürokratie oder Regeln gelöst werden kann ist der Wechsel der Selbstverständnisse und der Strategien. Ein Umdenken ist von nöten, da die Selbstverständnis-

se hinter heutigen (parlamentarischen) Vorgehensweisen in der Basisdemokratie Tür und Tor offen sehen um das System auszunützen.

Die Gesellschaftsfähigkeit der konsensbasierten Basisdemokratie bleibt zwar offen. Dieses Konzept als politische Theorie anzuschauen ist aber legitim. Es ist nicht nur unsere Utopie, die das so darstellt. Die theoretischen Konzepte zeigen auch eine starke Tendenz zur Ausbalancierung und Selbstregulierung von Kernanliegen. Zu diesem Schluss kommt auch Ralf Burnicki. Dabei fokussiert er vor allem auf den Minderheitenschutz. Aufgrund der Notwendigkeit zu radikalem Umdenken fokussiert er auch auf den transitären Aspekt eines nicht-autoritären Demokratiesystems. Gerade weil der Anarchismus versucht Prinzipien und keinen konkreten Herrschaftsanspruch zu etablieren, sollte er in der Lage sein, uns aus dem gegenwärtigen System herauszuhelfen. Schliesslich unterscheidet sich ein konsensbasiertes System von den herkömmlichen Demokratieformen nicht zuletzt dadurch, dass es nicht gezwungenermassen zu zwei oppositionellen Lagern führt, wovon nur eines gewinnen kann. Viel mehr gilt das Prinzip der Ausbalancierung unterschiedlicher Faktoren, Beobachtungen, Haltungen oder Bedürfnissen (Versöhnungsstrategie).

Dieses System bedarf radikaler Änderungen. Politische Polemiken und strategische Manipulationen sind nicht unmöglich, sondern viel mehr unsinnig. Abgesehen von einer moralischen Verwerflichkeit (wobei die moralische Grundhaltung an die Praxis eines derartigen Systems gekoppelt ist), müsste das individuelle Vetorecht derartige Strategien nutzlos machen.

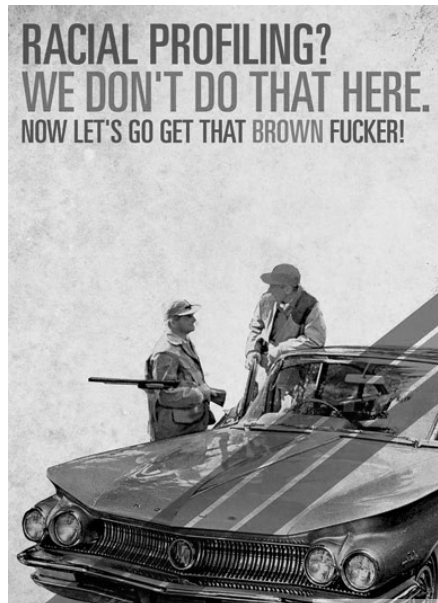
s.deo

| | | |
|---|---|-----------------------------|
| www.direkteaktion.org |  | Direkte Aktion |
| | | [mehr als nur eine Zeitung] |
|  | abonnieren? zeitung@faubern.ch | |

Signal missverstanden (von Seite 3)

Brutalität zu grossen Spannungen führte, ist selbstverständlich, dazu kam der starke Rassismus, welche die Polizei an den Tag legte: Einsatz von Schlagstöcken und Ausserkraftsetzung der Unschuldsvormutung für Schwarze. Beide Seiten wurden dabei gefilmt, unter Protest der anderen Seite. Eine Woche später folgte schon die nächste Razzia, dieses mal „subtiler“. Zivilpolizist_innen besetzten den Vorplatz, schon von weitem erkennbar, so dass das Warntransparent, das vom Dachstockbalkon hingte, eigentlich fast überflüssig war. Anstelle von Dealern stand nun die Polizei dort, oftmals ironischerweise genau dort wo die Dealer standen. Der Vorplatz war leer. Anscheinend bevorzugten die Besucher_innen die Dealer der Polizei. Ergebnis war die Sicherstellung von kleinen Mengen an Drogen (30 Gramm Koks, 40 Gramm Cannabis und ein bisschen Hasch) bei 21 Verhaftungen. Dabei stürmte die Polizei auf Schwarze los und führte diese gewaltsam ab, wenn sie nach dem Grund fragten. Erst als mehrere Akti-

vist_innen auf den Vorplatz kamen und die Situation beobachteten, zog die Polizei ab.



Keine Lösung des Problems

Man kennt es: schon am gleichen Abend nach einer Razzia sind wieder Dealer auf dem Vorplatz. Schon nur die Anzeigen gegen das Ausländergesetz (sprich:

wahrscheinlich Personen ohne Aufenthaltspapiere) bei Razzien weist darauf hin, dass diese Personen keiner legalen Arbeit nachgehen können. Die Polizei setzt aber weiterhin auf die Repression der untersten Hierarchiestufe des Drogenhandels. Jene Personen, welche wirklich daran verdienen, kommen ungeschoren davon. Ausserdem verschlechtert sich durch die hochrassistischen Kontrollen³ generell und besonders auf der Schützenmatte das Verhältnis Polizei und Reitschule weiter. Das angespannte Verhältnis war dem Gemeinderat bekannt, umso mehr erstaunt seine Unterstützung solcher Massnahmen, anstatt auf andere Massnahmen wie die Drogenliberalisierung zu setzen. Die Polizei kündete an, so lange Kontrollen durchzuführen, bis der Deal verschwunden sei. Von dem her: Wenn sie nicht gestorben sind, dann stehen sie noch morgen dort.

FAT

³ Ein Freund aus dem arabischen Raum wurde an einem anderen Tag auf der Schützenmatte kontrolliert, da er „auffällig schnell“ neben der Polizei vorbei gelaufen sei.

Solidarität mit Alexandr!

Seit nunmehr etwas mehr als einem Jahr ist Alexandr Koltchenko in Russland in Haft. Am 16. Mai 2014 festgenommen, werden ihm zahlreiche – an den Haaren herbeigezogene – Straftaten zur Last gelegt. So zum Beispiel Attentate oder die Vorbereitung von Attentaten im Namen der rechtsextremen ukrainischen Organisation „Prawyj Sektor“ (zu Deutsch „Rechter Sektor“).

Alexandr ist ein Antifaschist, Anarchist, Umweltaktivist und syndikalistischer Student aus der Ukraine. Er bezahlt für seinen Widerstand gegen das eiserne russische Regime, welches auf allen herumtrampelt, die Widerstand gegen dessen Allmacht leisten. Mit diesem Prozess will das Putin-Regime ein Exempel statuieren und alle jene einschüchtern, die sich ihm entgegenstellen.

Dieser Prozess oder, besser gesagt, diese Intrige geschieht in einem vom Krieg in der Ukraine geprägten Kontext. Dieser Krieg erklärt auch bis zu einem gewissen Grad die zunehmend härtere Haltung der

russischen Regierung gegenüber Andersdenkenden. Die Veröffentlichung eines Rapports von Boris Nemzow – ein liberaler Oppositioneller, welcher im vergangenen Februar ermordet wurde – brachte neue Indizien für die Präsenz von russischen Truppen in den Reihen der pro-russischen Separatisten im Donezbecken. Dieses Dokument, welches wohl einer der Gründe für die Eliminierung von Nemzow war, zeugt vom gewalttätigen Umgang der russischen Regierung mit jeglicher Beanstandung, welche seinem Image schaden könnte.

Im Verfahren gegen Alexandr sind noch drei weitere Personen angeklagt. Einer, der Filmemacher Oleg Senzov, weigert sich genauso wie Alexandr mit Polizei und Gerichten zusammenzuarbeiten oder gar irgendeine Schuld einzugestehen, welche Russland bloss die Suche nach Sündenböcken erleichtern würde. Die beiden anderen Angeschuldigten, Guenady Afanassiew und Alexej Tschrny, hatten diesen Weg gewählt. Dies in der Hoffnung, von einer Strafminderung pro-

fitieren zu können. Die Moskauer Gerichte haben nun beide zu sieben Jahren Arbeitslager verurteilt. Alexandr und Oleg riskieren ihrerseits zwischen 15 und 20 Jahren Arbeitslager.

Das Urteil für Alexandr und Oleg sollte in der zweiten Juni-Hälfte (jedoch nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) gefallen worden sein. Seit April haben sich die Mobilisierungen für Alexandr und Oleg intensiviert und mittlerweile weltweit über 20 Städte erreicht, was bisher leider nicht gereicht hat, um von einem breiteren Publikum wahrgenommen zu werden. Wir rufen alle dazu auf, auch nach einer allfälligen Verurteilung von Alexandr und Oleg weiterhin für deren Freilassung einzustehen.

**Laurent Esquerre,
Alternative Libertaire
Paris Nordost**

Dies ist eine übersetzte und leicht abgeänderte Fassung eines im Juni in *Alternative Libertaire* erschienen Artikels.

... meanwhile in the third world 2.0: Learning from the cradle of western culture

The ignition of many Hellenic streets some years ago (2008-2012) set flames that are still warming many of us. This hot period represents an exceptional collection of won battles that illustrates highly effective field strategies devised by an army without commander: the people. Entire cities were taken over by revolted activists, many of them anarchists; their power became evident. But, What to do with this power? The lack of a clear answer to this question is often understood as a pivotal defeat that immersed Greek population in a cold period (2012-Nowadays) characterized by vulnerability and repression. Even though these times have been sowed with creative projects such as horizontal cooperatives, networks for free exchange and self-managed factories, the dangers that have been growing along this period are to be taken into consideration.

Our criticism on the cold years has its foundations on a situation under which the masses find themselves exposed to two drastic repressive actions orchestrated by the state and by the financial powers, respectively: exaggerated prison sentences & austerity measures. These two forces ended up leaving a mark on citizens, that were progressively sensitized to the propaganda delivered by the Greek mass media. When the concept of crisis consolidates, being constantly represented as an unavoidable punishment emanating from inscrutable origins, the message becomes clear: “government or chaos”. This dichotomy penetrated through a big part of the Greek population which started to be afraid of riots, drifted apart from insurrectionist positions and began to feed the hope that the parliamentarians would eventually come up with fixatives for the noticeably crumbling Greek state. It is true that in Greece, as well as in Spain, a significant part of the protesters present during massive riots didn't have a consolidated libertarian ideology, being able to incorporate into an always complex “middle-class” associated with clearly reformist positions, this meaning that their main demands have never gone beyond slight increments of their salaries and basic impro-

vements in some social measures. While considering the risk that the participation of the aforementioned sector can always fluctuate, it is important to note that not even the revolutionary sector is impermeable to the information flowing through the main streams.

Ignored mass protests

People with a solid libertarian background who were consistently active during the foregoing times of wrath, have recently begun to embrace the idea that urban insurgency is no longer a valid



Violence erupted between Thessaloniki protesters and police when 20.000 people marched through the city center on May 2010.

method. This point of view stems from the experienced unresponsiveness of the Greek authorities after extensive protests in 2013. Those mobilizations oversized some preceding key demonstrations against the Greek retirement system that took place years ago during more agitated times although, interestingly, the latter deployment of security forces was negligible compared to its precedent. Besides, in contrast with their earlier equivalents, the last protests in 2013 didn't get to trigger any legislative reform on the matter. This timeline depicts a government which, supported by the European Union, becomes insensitive to

the pressure exercised by the people in the streets and starts to exclusively react to international financial powers instead of attending the population's needs. The absence of palpable material achievements after the hot period and the shift in popular opinion (propelled by the greek media) provide the essential context for this newly appeared critical attitude to be adequately analysed.

What about Syriza?

The expansion of the abovementioned non-violent stances can be easily seen as

a tactical advantage for the government, and those postures can become one of the monsters to be feared by any revolutionary movement that goes through a cold period. Lately, the general unrest has had a remarkably reduced presence in the streets, accompanied by the emergence of expectations on the parliamentary way: many Greeks seem to be waiting for the promises made by Syriza to be fulfilled. However, the recently elected

“socialist” party keeps coordinating visibly reactionary manoeuvres such as the constantly ongoing evictions in Athens and the anti-riot police offensives in the gold mines of Chalkidiki which included a cooperative assault of cops and Eldorado Gold's miners against the picket lines settled by Chalkidiki's villagers (Strikes against Eldorado Gold 2015). So far, the parliamentarians have been unable to cope with the situation while, at the same time, they do not hesitate to complain about the behaviour of police forces that were (ironically) called by themselves, the government.

(to be continued on page 8)

Hard work and sustained effort conveyed through durable projects evidence the constructive aspect of the last few years of Greek revolutionary exercise. The scenario in force nevertheless compels us to give central importance to the risks associated with investing energies on this kind of long-lasting projects. While horizontal alternatives have the capability of directly replacing the state, we can never forget that institutions still stand on favourable grounds. We build from scratch, they have the weapons and the resources. Occupying and reorganizing a factory (Thessaloniki, Vio.Me. <http://www.viome.org/>) is a beautiful example to be carefully examined in the light of some unsatisfactory cases from Latin America. In

Argentina (Corralito, 2001), degraded manufacturing plants were regenerated through an admirable voluntary work, some of which were subsequently taken over as profit by private companies. In conditions of capitalism and global market, a honest & self-managed initiative is extremely vulnerable to isolation and overwhelming competition.

Mistrust in the government remains

Our unavoidably personal conclusions drawn from the highly esteemed and inspiring Greek example keep our eyes open and have made visible the dangers that threaten antiauthoritarian initiatives resisting alight through a cold period; at the same time, the legacy of the hot years reveal how effective were in this

country the practice of resistance in the streets and the preservation of anarchist ideology when massively extending the social conflict. While our Mediterranean comrades could seem to be waiting, this apparent ceasefire is perhaps headed towards a critical last chance. There is still a general mistrust in the state which might converge into a surprising outcome if the latest parliamentary recourse fails. Since the neo-liberal politicians have earned a notorious unpopularity, and the social-democratic option has vanished from the ballot box with the collapse of PASOC, Syriza could bring up the quandary of – as a Greek activist put it – “Golden Dawn’s dictatorship or utopia”.

UMA

Buchtip

Die Stimme der Freiheit

Gianpiero Bottinellis gleichnamige Biografie von Luigi Bertoni

Diese Biographie eines der interessantesten Schweizer Anarchisten erzählt auch die Geschichte des Anarchismus in der schweizerischen Arbeiter_innenbewegung. Die Schweiz war und ist traditionell ein Ort, wo Revolutionäre in Ruhe untertauchen konnten. Zu Lebzeiten von Luigi Bertoni waren das so prominente Persönlichkeiten wie Pjotr Kropotkin, Errico Malatesta oder Wladimir Lenin Uljanoff und auf entsprechendem Niveau waren die Debatten und Polemiken der diversen Propaganda-Zeitungen der unterschiedlichen Fraktionen, deren Bedeutung und Rezeption weit über die Schweiz hinaus reichte.

Vom Liberalen zum Anarchisten

Geboren in Mailand erlebte der kleine Luigi Bertoni im zarten Alter von neun Jahren auf den Schultern seines Schweizer Vaters die Ankunft des anti-österreichischen Freiheitskämpfers Giuseppe Garibaldi. Mit 14 zog er ins Schweizer Tessin und machte eine Lehre als Schriftsetzer. Mit 18 hat er bereits selbst eine Waffe in der Hand, als bei einem Aufstand das Rathaus von Bellinzona gestürmt wurde. Der Polizeichef stirbt



und Luigi wartet die Repression gegen die liberalen Anstifter dieser Aktion gar nicht ab, sondern zieht nach Genf, wo er bald in Kontakt mit dem organisierten Anarchismus kommt. Nach der Spaltung der 1. Internationalen gründeten im September 1872 die Uhrmacher des Jura zusammen mit belgischen, franzö-

sischen, spanischen (u.a.) Föderationen in St. Imier die anti-autoritäre Internationale. Das war der Startschuss für eine umfassende Verbreitung anarchistischer Ideen in der Schweiz, zu der Bertoni später so viel beitragen sollte. In dieser unruhigen Zeit voller Streiks und Verhaftungen liest Bertoni Klassiker des Liberalismus und des utopischen Sozialismus. Ab 1893 arbeitet er regelmässig bei verschiedenen Zeitungsprojekten und später bei der Gewerkschaft der Schriftsetzer in Genf mit. Es war die Ära der Tyrannenmorde. Luigi Lucheni richtete 1898 am Genfer See die im Volk verhasste Kaiserin Elisabeth Habsburg hin, kurz darauf erfreute Gaetano Bresci die fortschrittliche Weltöffentlichkeit mit dem gelungenen Köigsmord in Italien. Doch die Reaktion von Polizei und Justiz liess nicht lange auf sich warten. 1900 stand Bertoni zum ersten Mal wegen einer angeblichen Huldigung des Anschlags von Gaetano Bresci vor Gericht. Viele weitere Prozesse werden ihn sein Leben lang begleiten, bei seinem ersten wurde er erstaunlicherweise freigesprochen. Zwei Monate danach wird eine der langlebigen und international wichtigsten anarchistischen Zeitungen gegründet:

das zweisprachige Blatt *Le Réveil/Il Risveglio* erschien während der kommenden Jahrzehnte alle zwei Wochen und wurde einige Jahre auch auf Deutsch unter dem Titel *Der Weckruf* publiziert. Bertoni sollte Zeit seines Lebens als Redakteur, Agitator und Theoretiker diesem Projekt treu bleiben. Entlang dieses Spannungsbogens erzählt das Buch von den anarchistischen Kämpfen anhand der zahllosen von Bertoni veröffentlichten Kommentaren, Reden und Debattenbeiträgen. Vor dem ersten Weltkrieg war die broad anarchist tradition eines anti-autoritären Syndikalismus weltweit eine der dynamischsten Fraktionen der ArbeiterInnen-Bewegung, wie eine weitere wichtige Neuerscheinung des Jahres 2014 belegt hat (Schwarze Flamme. Revolutionäre Klassenpolitik im Anarchismus und Syndikalismus von Lucien van der Walt und Michael Schmidt). In der Schweiz war diese Strömung entlang des sogenannten Rösti-Grabens organisiert. In der West-Schweiz stellte sie die grössten Gewerkschaften und die militantesten Demos und Streiks. In der deutsch-sprachigen Schweiz kamen die Anarchist_innen gegen die Sozialdemokratie nicht an. Von da her ist *Die Stimme der Freiheit* die ideale Ergänzung zu Fritz Brupbachers *Zürich während Krieg und Landesstreik* für ein umfassendes Porträt der Schweizer Arbeiter_innenbewegung. Brupbachers Broschüre wurde 2013 von der Libertären Aktion Winterthur neu aufgelegt und behandelt denselben Zeitraum aus der Perspektive eines mit der Sozialdemokratie hadernenden und mit der Revolution sympathisierenden, deutsch-schweizer Arztes.

Westschweizer Anarchismus

Spektakulärer und über den lokalen Kontext hinausweisender geht es jedoch in der französisch-sprachigen Schweiz zu. Bottinelli schafft es, die wichtigsten Debatten und Ereignisse mehrerer Jahrzehnte zusammenzufassen und mit originellen und unerwarteten Details zu verknüpfen, sodass man kaum merkt, dass es sich eigentlich um eine Lokalgeschichte der Städte Lausanne und Genf dreht. Ob des jungen Mussolinis Übersetzungen von Kropotkins Werk gelungen sind, welcher als Pariser Anarchist aus der Schweiz ausgewiesen wurde, weil er 1912 einen

Vortrag über die Bonnot-Bande hielt, und wie viele Arbeiter Bertoni mit einer Demo empfingen, als er einmal wegen Plakatierens vier Tage im Häfen sass: Solch spannende Schmankerln wechseln sich mit der Darstellung gerade heute wieder relevanter inhaltlicher Diskussionen ab. Etwa der internationale Streit zwischen den antideutschen (den Interventionisten mit Kropotkin an der Spitze) und den antimilitaristischen Anarchist_innen vor dem 1. Weltkrieg, der mit Polemiken, Argumenten und namentlich unterzeichneten Manifesten ausgetragen wurde, und der angesichts des heutigen ökonomischen Kampfes Deutschlands um die europäische Vormachtstellung, der bereits zu (bürger-)kriegs-ähnlichen Szenarien an der europäischen Peripherie in Griechenland und der Ukraine führte, erschütternde Aktualität erhält. Auch die lebhaften Beschreibungen der Aktivitäten der Genfer Maurer-Gewerkschaften, vom Kampf um leistbaren und guten

Korporatismus wäre eine aktive Beteiligung von Anarchist_innen an den Gewerkschaften.

Zweiter Weltkrieg und Niedergang

Das gepflegte Bild der Schweiz, der ältesten Demokratie der Welt, gerät von Seite zu Seite mehr ins Wanken. Eingeclippt zwischen dem italienischen und dem deutschen Faschismus, unter den Folgen der Wirtschaftskrise der grossen Depression leidend, wurde die Repressionschraube von Jahr zu Jahr fester angezogen. In der dramatischen Blutnacht von Genf wurden am 9. November 1932 bei einer antifaschistischen Demonstration 13 camarades von Militärrekruten erschossen. Gewerkschaftliche Aktionen, Streiks und Demos wurden immer mehr erschwert bis es 1940 endgültig aus war mit den bürgerlichen Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheiten und *Le Réveil/Il Risveglio* nicht mehr



Bertoni spricht im September 1936 Teatro Olimpia in Barcelona an einer Versammlung der Juventud Libertaria (Libertären Jugend)

Wohnraum, bis hin zum Kampf gegen Streikbrecher_innen und der Zerstörung von Bauwerken von Firmen, die Arbeiter unter dem Kollektivvertrag angestellt haben, könnten für Leser_innen inspirierend sein, die an den sozialpartnerschaftlichen Klassenfrieden in Österreich gewöhnt sind. Hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre, so Bertonis Kritik an den grossen Verbänden, führen ihre Organisationen immer in den Dienst der Kapitalherren. Der einzige Schutz vor der Tendenz zum

legal erscheinen konnte. Bertoni nimmt noch am Kampf gegen den Faschismus in Spanien vor allem durch Spendensammlungen teil, doch der zweite Weltkrieg stürzt die Bewegung auch in der Schweiz in die Resignation. Am Ende seines Lebens bleibt Luigi Bertoni zwar ungebrochen, beklagt aber die Isolation des Anarchismus und die Revolutionsmüdigkeit der jungen Generationen.

(weiter auf Seite 10)

Bertoni (von Seite 9)

Das Buch

Gianpiero Bottinelli veröffentlichte dieses unbedingt lesenswerte Buch bereits 1997 auf Italienisch. Erst 2012 erschien eine erweiterte französische Ausgabe beim Flaggschiff des Schweizer Verlagswesens im Bereich Anarchismus, nämlich bei Éditions Entremonde. Nun liegt endlich eine Version in unserer Schriftsprache vor, verantwortlich zeichnet der junge A Propos-Verlag aus Bern, wo es 2014 erschien. Bei einem Schweizer Buch mag die Erwartungshaltung da sein, nebenbei ein paar originelle Delikatessen aus dieser gebirgigen Sprachregion aufzuschnappen, um so mehr schmerzt es, stattdessen über einige strenge Teutonismen (also Wörtern, die typisch für die Varietät des deutschen Deutsch sind) zu stolpern. Ansonsten stimmen aber Form und Inhalt harmonisch überein, von der unaufgeregten graphischen Gestaltung,



Bertoni (links) und Lucien Tronchet

der ansprechenden Typographie, dem Anti-Copyrights-Verweis, dem umfangreichen Namensregister und Quellenverzeichnis, bis hin zur stabilen, handwerklichen Umsetzung. Selbst der Autorität des Inhaltsverzeichnis wird widersprochen, die Einleitung hat sich irgendwo in

die Mitte geschummelt. Es ist die Summe dieser Eigenschaften und Details, die ein sympathisches Konzept und eine glaubwürdige Gesellschaftskritik dieses neuen Verlagsprojektes durchschimmern lassen und auf baldige weitere Erscheinungen neugierig macht. Die Leidenschaft für die Befreiung schafft es, aus der Handelsware Buch einen Vorschein der kommenden Welt zu machen.

Karl Niedermayer

Zum Buch:

Gianpiero Bottinelli
Die Stimme der Freiheit.
Luigi Bertoni und der
Anarchismus in der
schweizerischen Arbeiter-
Innenbewegung

a propos, 2014
138 S.
20.- CHF / 15 EUR

Das Buch ist über die FAU oder alle Buchhandlungen bestellbar.



Zuckerbrot & Peitsche

Sidney W. Mintz: Die süsse Macht. Kulturgeschichte des Zuckers

Essen steht buchstäblich seit Menschengedenken im Zentrum des Lebens unserer Gattung und dient den Menschen als Mittel, um sich selber zu definieren und von anderen abzugrenzen. In sehr breiten Zusammenhängen untersuchte der Anthropologe Sidney Mintz die Rolle des Zuckers in der Entstehung der modernen Welt. Das wohl aus Indien stammende Zuckerrohr wurde von arabischen Eroberern im 8. und 9. Jh. im östlichen Mittelmeerraum angesiedelt. Zwei Jahrhunderte später gelangten deren Produktionsanlagen, die ein unter Königen und Reichen begehrtes, als Gewürz, Medizin und Statussymbol verwendetes Luxusgut herstellten, unter westeuropäische Kontrolle. Portugiesen und Spanier dehnten den Anbau auf westliche Mittelmeerinsel aus, bevor sie das Zuckerrohr auf ihren Eroberungen über den Atlantik mitführten. In der Karibik wurde die Zuckerwirtschaft von den Briten ausgeweitet. Sklav_innen leisteten die extrem arbeitsintensive Ernte, die jeweils ein

halbes Jahr dauerte. Weil die süsse Substanz nach dem Schlagen des Rohrs rasch gelöst werden muss, speiste man damit fortlaufend lokale Zuckermühlen, die auf Schichtbetrieb und hierarchischer Arbeitsteilung basierten. Raffiniert wurde die Substanz in Grossbritannien. Den mit Zuckerkonsum protzenden Oberschichten diente die Karibik zugleich als Absatzmarkt für Nahrung, Kleider, Werkzeug und Foltergerät; Staatliche Strukturen profitierten von Flottenbau und Steuern. In diesem Kolonialsystem sieht Mintz eine wichtige Grundlage des Kapitalismus und der Industrialisierung. Vier Jahrhunderte hindurch stieg die Produktion von Zucker und fiel sein Preis; wie der von Tabak, Tee, Kaffee und Kakao ging sein Konsum in die Breite. Im 19. Jh. stellte er einen gewichtigen Teil des Kalorienbedarfs britischer Arbeiter_innen und ermöglichte deren schnelle Stärkung und Ablenkung vom harten Arbeitsalltag. Der Zucker stimmte so die Ausgebeuteten in Euro-

pa täglich kurzzeitig zufrieden, während sich in den Kolonien an der Wirtschafts-, Sozial- und Infrastruktur seit Jahrhunderten nur wenig geändert hatte (vor allem: mehr Anbaufläche). Das Buch führt noch näher an die Gegenwart und regt zum Nachdenken an über das globale geschichtliche Gemacht-Sein von fast allem, was wir täglich benutzen und allzu sehr für selbstverständlich halten.

CBI

Zum Buch:

Sidney W. Mintz
Die süsse Macht.
Kulturgeschichte des
Zuckers

Campus, 2007
308 S.
29.-

Das Buch ist über alle Buchhandlungen bestellbar.



Meritokratoshop präsentiert:

Kennen sie das?

Sie nehmen die Versprechen des Kapitalismus ernst und versuchen die Karriereleiter aufzusteigen, aber schaffen es einfach nicht?

Das muss nicht mehr sein!

Nach langjähriger Rationalisierung präsentiert die Eidgenossenschaft AG:



Das wohlfahrtsstaatliche soziale Auffangnetz 2.0!!!!!!!

Das schlankere Design ohne Halterungsstangen verspricht einen noch längeren Fall mit intensiverem Bodenkontakt als vorher! Noch mehr Stigma für weniger Leistung (unsererseits)! Landen Sie härter auf dem Boden der Tatsachen und geniessen Sie den Fall auf den Grund der Gesellschaft. Schauen Sie dabei zu, wie der Staat sich einen Scheiss um sie kümmert und sich dann noch über Ihr „Schmarotzen“ beschwert.

Und falls sie Asylbewerber_in sind, kommen Sie in den Genuss von unserem Verachtungsbonus für noch weniger Sozialhilfe!

Eidgenossenschaft: wir leben Kapitalismus

Und wenn sie heute noch bestellen, geben wir Ihnen gratis dazu:



Damit auch Sie mal nach unten treten und abstrusen Ideen über Ihre genetische Überlegenheit frönen können!

FAT

Zur Kulturseite

Wir haben uns vorgenommen, in jeder Ausgabe auch etwas Kultur zu bringen, und werden hier Kurzgeschichten, Gedichten und grafischer Kunst einen Platz geben. Wir versuchen, möglichst Unveröffentlichtes abzdrukken, und freuen uns natürlich, wenn du uns deine Werke zur Verfügung stellst (zeitung@faubern.ch).

Falls wir einmal nicht genügend zugesendet bekommen, werden wir auch auf bereits veröffentlichte Kunst zurückgreifen.

di schwarzi chatz
Zeitung der Freien Arbeitenden Union in der Schweiz

Spanien: Aufstand in Schwierigkeiten
Sperrogramme um Sperrogramme, Proteste um Proteste. Die Historischen aus Spanien haben ein offizielles Bild. Wir stellen die dortigen sozialen- und Arbeiter_innenbewegungen und soziale Probleme stellen sich Ihnen. Dieser Erfahrungsbildet ein Bild in die aktuelle Lage vor Ort liefern.

Arbeitslosigkeit und Solidarität
In der Schweiz sind die Arbeitslosenquoten im Jahr 2012 auf 10,8% gestiegen. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die Arbeitslosenquoten bis 2015 auf 8% zu senken. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die Arbeitslosenquoten bis 2015 auf 8% zu senken. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die Arbeitslosenquoten bis 2015 auf 8% zu senken.

Das Sybil „Ja Revolution“
Das Sybil „Ja Revolution“ ist eine Satire über die Schweizer Politik. Die Sybil „Ja Revolution“ ist eine Satire über die Schweizer Politik. Die Sybil „Ja Revolution“ ist eine Satire über die Schweizer Politik.

abonnieren?

- Ich möchte die Direkte Aktion und di schwarzi chatz abonnieren (je 6 Ausgaben für 60.- oder mehr)
- Ich möchte nur di schwarzi chatz abonnieren (6 Ausgaben für 30.- oder mehr)
- Für Infoläden, Beizen und Weiterverteiler_innen haben wir spezielle Abos! Einfach per Mail nachfragen (zeitung@faubern.ch)

Vorname, Name:

Adresse:

PLZ/Ort: E-Mail:

Einsenden an:
di schwarzi chatz
c/o FAU Bern
Postfach 636
3000 Bern 25

oder:
zeitung@faubern.ch

Die FAU? Was ist das?

Die Freie Arbeiter_innen Union Bern ist eine Gewerkschaftsinitiative aus dem Raum Bern. Aufbauend auf anarcho-syndikalistischen Prinzipien versteht sie sich als basisdemokratische und kämpferische Alternative zu den sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften. Sie ist:

KÄMPFERISCH: Weil die Interessen der Arbeiter_innen denjenigen des Kapitalist_innen radikal entgegengesetzt sind. Weil die grossen sozialen Fortschritte nur durch soziale Kämpfe und Mobilisierungen errungen wurden.

SELBSTBESTIMMT: Weil Entscheidungen von den Direktbetroffenen getroffen werden sollen und nicht von Parteispitzen und Funktionär_innen. Weil Hierarchien im Gegensatz zu einer egalitären und selbstorganisierten Gesellschaft stehen.

SOLIDARISCH: Weil einzig Reflexion, gegenseitige Hilfe und die berufsübergreifende Aktionen den Gruppenegoismus überwinden können.

ANTIKAPITALISTISCH: Weil wir diejenigen sind, welche alle Güter herstellen und alle Dienstleistungen erbringen, sollen sich diese nach dem Wohle der Gemeinschaft orientieren und nicht nach dem Profit einiger weniger. Wir denken deshalb, dass der Syndikalismus an einem politischen Projekt für eine gerechte, egalitäre und freie Gesellschaft arbeiten muss... Das heisst an einem revolutionären Projekt.

Schwarze Katze?

Die schwarze Katze als Symbol für selbstorganisierte Arbeitskämpfe wurde im frühen 20. Jahrhundert vom IWW-Mitglied Ralph Chaplin erschaffen. Die Katze, auch „Sab Cat“ genannt, wird heute von libertären Gewerkschaften auf der ganzen Welt als Symbol benutzt.

Wir freuen uns über Kommentare, Rückmeldungen und Kontakte an:
info@faubern.ch. oder zeitung@faubern.ch.

Impressum

di schwarzi chatz
c/o FAU Bern
Postfach 636
3000 Bern 25



Homosexualität am Arbeitsplatz

Recht auf Homosexualität

Es besteht ein sogenanntes Grundrecht der persönlichen Freiheit, Homosexualität fällt seit einem Bundesgerichtsentscheid von 1992 auch darunter. Auf dieses Recht kannst du dich auch beziehen, wenn du unter 18 Jahren alt bist.

Antidiskriminierung

In der Schweiz gibt es nur in wenigen Kantonen (AR, BE) Bestimmungen, welche Diskriminierung aufgrund seiner/ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität verbieten. Diese sind auch einklagbar. Andere Bestimmungen sind nicht direkt einklagbar.

Entlassung

Homosexualität ist kein Entlassungsgrund. Auch dann nicht, wenn angeblich deswegen der sogenannte Betriebsfrieden gestört wird. Entlassen werden dürfen oder müssen aufgrund der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers vielmehr diejenigen Personen, welche einen schwulen Mitarbeiter nicht akzeptieren können. Erhältst du eine Kündigung, verlange eine schriftliche Begründung und wende dich an einen Vertrauensanwalt. Wird Homosexualität als Entlassungsgrund genannt, ist die Kündigung missbräuchlich. Das Gesetz sieht aber – mit einer Ausnahme – nicht vor, dass du auf Wiedereinstellung klagen kannst, stattdessen kannst du auf Entschädigung klagen (theoretisch bis sechs Monatslöhne; in der Deutschschweiz praktisch bis höchstens drei). Die einzige Ausnahme sind Verstösse gegen das Gleichstellungsgesetz.

Einstellung

Homosexualität ist bei vielen Firmen immer noch ein Einstellungshindernis: Bei der Stellensuche ist es wegen dem fehlenden Schutz nicht ratsam, der/dem künftigen Arbeitgeber_in deine Orientierung offen zu kommunizieren. Falls er dich fragt, ob du schwul/

lesbisch/bisexuell bist, könntest du die Antwort verweigern, wirst dann aber oft nicht eingestellt. Gebrauche lieber dein Notwehrrecht und gib eine falsche Antwort, falls du überhaupt noch an der Stelle interessiert bist.

Coming-Out im Betrieb

Einer Umfrage von LOS, Network und Pink Cross bei ihren Mitgliedern zeigte, dass zwischen 60 und 75% der Mitarbeitenden und Vorgesetzten wissen, dass jemand schwul/lesbisch/bisexuell ist. Es gibt aber keine Pflicht, dass du das in einem Betrieb öffentlich machen musst, falls du ein Coming-Out in deinem Betrieb lanst, aber nicht weisst wie, wendest du dich am besten an eine Beratungsstelle. Selbst wenn der Arbeitgeber später von deiner Homosexualität erfährt, ist eine Kündigung durch den/die Arbeitgeber_in missbräuchlich – ausser es handelt sich um einen sogenannten Richtungsbetrieb, also eine Firma die eine klare Weltanschauung vertreten muss, mit der sich Homosexualität nicht vereinbaren lässt (z.B. Religionsgemeinschaften).

Homophobie

Homophobe Gewalt, Beschimpfung, Ehrverletzung oder Tätlichkeit gegenüber Schwulen ist genauso strafbar wie gegenüber Heteros. Wie man Strafanzeigen macht, ohne auf dem Polizeiposten abgewimmelt zu werden, erfährst du bei einem Vertrauensanwalt. Kontakte erhältst du auf den Beratungsstellen.

Nützliche Adressen

(hab) – homosexuelle arbeitsgruppen bern: ha-bern.ch; beratung.frauen@ha-bern.ch; beratung.maenner@ha-bern.ch;

Pink Cross: pinkcross.ch, office@pinkcross.ch

Pink Rail – Fachgruppe homosexueller Mitarbeitenden des öffentlichen Verkehrs: pinkrail.ch; pinkrail@pinkcross.ch

LOS – Lesbenorganisation Schweiz: los.ch, info@los.ch

Kontakt

di schwarzi chatz/DA-Abos
zeitung@faubern.ch
FAU Bern - Syndikat aller Berufe
info@faubern.ch

Auflage: 250
Konto: 30-276725-1

erscheint 6-mal jährlich (Änderungen vorbehalten)